

Bis zum Jahr 2015 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler um fast 15 Prozent sinken, bis zum Jahr 2020 sogar um fast 20 Prozent. Für die Schulpolitik bringt das zwei große Herausforderungen: Erstens muss auch bei geringeren Schülerzahlen flächendeckend ein wohnortnahes Schulangebot aufrechterhalten werden. Zweitens – und das ist die noch größere Herausforderung – wird es in einer zahlenmäßig schrumpfenden und alternden Bevölkerung immer schwieriger werden, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Die Studie „Bildung neu denken“ der Vereinigung der bayrischen Wirtschaft hat vorgerechnet, dass bis zum Jahr 2030 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 1,2 Mio. sinken wird. Soll der Status quo an Arbeitskräften mit Hochschulabschluss auf dem heutigen Stand erhalten bleiben, so müssten bis 2030 fast 70 Prozent der Jahrgänge, die heute geboren werden, die Hochschulreife erwerben. Die Hälfte von ihnen müsste ein Studium erfolgreich abschließen.

Tatsächlich erlangen gegenwärtig in Niedersachsen nur 35 Prozent der SchülerInnen die Hochschulreife. Weniger als 20 Prozent absolvieren ein Hochschul- oder Fachhochschulstu-

lerzahlen nicht möglich sein, parallel vier Schulformen – die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium und die Förderschule – flächendeckend wohnortnah anzubieten. Schon jetzt sind auf dem Lande vor allem Gymnasien für viele SchülerInnen nur schwer zu erreichen. Die Entfernung entscheidet aber mit über die Bildungsbeteiligung.

Zu Recht erklärt die Landesregierung in ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage, dass Schulen nicht zu klein werden dürfen, wenn noch ein vielfältiges pädagogisches Angebot möglich sein soll. Zugleich erklärt sie, dass die Mindestzügigkeit doch unterschritten werden darf, wenn die Schule sonst geschlossen werden müsste. Ja, was will sie denn nun? Für zumutbar hält die Landesregierung jedoch weite Schulwege von bis zu 90 Minuten.

In anderen Bundesländern sind die Überlegungen schon sehr viel weiter. Die ostdeutschen Bundesländer, auch die CDU-regierten, sind inzwischen zu einem zweigleisigen Schulsystem übergegangen. Das dürfte – nebenbei bemerkt – ein wichtiger Grund dafür gewesen sein, dass diese Länder beim jüngsten PISA-Test so erstaunlich aufgeholt haben. Die Hauptschule gibt es in Sachsen-Anhalt, Thürin-



Ina Korter, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Gastkommentar von Ina Korter,
Schulpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen**

Die demografische Entwicklung – eine Herausforderung für die Schulpolitik

dium. Das ist ein Drittel weniger als im OECD-Durchschnitt. Die wichtigste Konsequenz ist deshalb, was die Finnen längst wissen: Wir können auf kein Kind verzichten! Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass 20 Prozent der Kinder in Bildungssackgassen abgeschoben werden und 10 Prozent die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die CDU-Landesregierung ist mit ihrem starr gegliederten Schulsystem denkbar schlecht aufgestellt, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Es wird bei zurückgehenden Schü-

gen, Sachsen und in Brandenburg nicht. Ein Gutachten des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Uni Dortmund geht noch weiter und empfiehlt für Schleswig-Holstein die Einführung der Gemeinschaftsschule.

Die niedersächsische Landesregierung hat kein Konzept für die Schulentwicklung bei zurückgehenden Schülerzahlen. Sie hat, was noch schlimmer ist, auch kein Konzept, wie künftig der Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarktes gedeckt werden soll. Das gegliederte Schulwesen – das hat PISA deutlich gezeigt – ist nicht in der Lage, die Begabungsreserven auszuschöpfen.

Es führt zu wenig Jugendliche zu Spitzenleistungen und viel zu viele Jugendliche in Bildungssackgassen.

Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben in Zukunft immer schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Dennoch preist die Landesregierung ihr Hauptschulprofilierungsprogramm,

hat aber kein Konzept, wie mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen geführt werden können. Bezeichnend ist übrigens, dass die Landesregierung in ihren Prognosen davon ausgeht, dass auch im Jahr 2020 über 7 Prozent der Schulabsolventen nicht mal einen Hauptschulabschluss erreichen werden. Der Ehrgeiz des Kultusministers, dieses skandalöse Versagen unseres Schulsystems zu überwinden, ist offenbar gering.

Ehrgeiz fehlt der Landesregierung auch, wenn es darum geht, endlich die Kinder der MigrantInnen in unser Bildungssystem zu integrieren. Sie lobt sich selbst für die Sprachförderung, obwohl sie das Sprachförderprogramm in den Kitas für 3- bis 6-Jährige immer weiter herunter gefahren hat. Wenn unsere Kindergärten und Schulen der Förderung der Migrantenkinder nicht schnell höchste Priorität einräumen, dann wird nicht nur ein großes, unverzichtbares Potenzial an Talenten schlicht vergeudet, sondern dann wird unsere Gesellschaft in absehbarer Zeit ihren Fachkräftemangel nicht mehr ausgleichen können und zudem ein massives Integrationsproblem bekommen.

Wer die Schulstrukturen der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zum Dogma erklärt, der wird die Probleme des kommenden Jahrhunderts nicht bewältigen können. Die niedersächsischen Grünen setzen sich deshalb für den Aufbau von neunjährigen Basisschulen ein, in denen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen und individuell gefördert werden.

Weitere Information unter www.basisschulprogramm-niedersachsen.de

